



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

26/2014 27.06.2014

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neu:



Simone Hauser

[Kommentar Schulunterrichtsgesetz](#)

Das Schulunterrichtsgesetz dient der Verrechtlichung des inneren Schulbereichs, wozu die Unterrichts- und Erziehungsarbeit der Schule zählen. Der Kommentar zum Schulunterrichtsgesetz enthält den Text des SchUG samt amtlichen Erläuterungen, den Leitsätzen der Rechtsprechung und eingehenden Kommentierungen der Autorin.

78,- Euro, 1. Auflage, XIX und 752 Seiten, Harteinband, ISBN 978-3-902883-14-8

Zu beziehen ua über <http://www.pedell.at/>

I. Bundesgesetzblatt

[BGBl II 155/2014](#)

Verordnung der Bundesministerin für Inneres, mit der die **Sicherheitsgebühren-Verordnung** geändert wird

[BGBl II 156/2014 \(Anlage 5, Anlage 6, Anlage 7\)](#)

Verordnung der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie über die Änderung der Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie über den Bau und Betrieb von Eisenbahnen (**Eisenbahnbau- und betriebsverordnung** – EisbBBV) BGBl. II Nr. 398/2008 sowie die Änderung der Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie über den Bau, den Betrieb und die Organisation von Eisenbahnen (**Eisenbahnverordnung 2003** – EisbVO 2003), BGBl. II Nr. 209/2003, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 398/2008

[BGBl II 157/2014](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen über die Festlegung von Nachhaltigkeitskriterien für biogene Stoffe (**Nachhaltigkeitsverordnung**)

[BGBl II 160/2014](#)

Verordnung der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der die **Schiffsführerverordnung** geändert wird

[BGBl II 161/2014](#)

Verordnung der Bundesregierung über die Befugnisse der zum Auslandseinsatz nach Zypern entsendeten Personen (**UN-FICYP-Verordnung**)

[BGBl II 162/2014](#)

Zweite Verordnung der Bundesregierung über die Befugnisse der zum Auslandseinsatz in die Zentralafrikanische Republik entsendeten Personen (**2. EUFOR RCA-Verordnung**)

[BGBl III 115/2014 \(Anlage\)](#)

Abkommen zwischen der **Republik Österreich und der Internationalen Organisation für Migration** über den rechtlichen **Status der Organisation in Österreich** und den Sitz ihrer Büros in Wien

[BGBl III 116/2014 \(Anlage\)](#)

Waffenhandelsvertrag

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 182 v 21.06.2014, 1](#)

Beschluss Nr 376/2014/EU des Rates vom 12. Juni 2014 zur Ermächtigung Portugals, in der autonomen Region Madeira auf die dort hergestellten und verbrauchten **Rum- und Likörerzeugnisse** sowie in der autonomen Region Azoren auf die dort hergestellten und verbrauchten **Likör- und Branntweinerzeugnisse** einen **ermäßigten Verbrauchsteuersatz** anzuwenden

[ABI L 182 v 21.06.2014, 4](#)

Beschluss Nr 377/2014 des Rates vom 12. Juni 2014 über die Anwendung der **AIEM-Steuer auf den Kanarischen Inseln**

[ABI L 182 v 21.06.2014, 9](#)

Beschluss Nr 378/2014/EU des Rates vom 12. Juni 2014 zur Änderung der Entscheidung 2004/162/EG betreffend die **Sondersteuer „octroi de mer“ in den französischen überseeischen Departements** hinsichtlich ihrer Geltungsdauer

[ABI L 183 v 24.06.2014, 9](#)

Verordnung (EU) Nr 692/2014 des Rates vom 23. Juni 2014 über **Beschränkungen für die Einfuhr von Waren** mit Ursprung auf der **Krim** oder in **Sewastopol** in die Union als **Reaktion auf die rechtswidrige Eingliederung der Krim und Sewastopols durch Annexion**

[ABI L 187 v 26.06.2014, 1](#)

Verordnung (EU) Nr 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der **Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt** in Anwendung der **Artikel 107 und 108** des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

06.06.2014, [U 1313/2013](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens durch Ausweisung der Beschwerdeführerin nach Nigeria infolge **verfassungswidriger Interessensabwägung**

16.06.2014, [U 2543/2013](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Zurückweisung des Asylantrags eines Drittstaatsangehörigen und Ausweisung nach Ungarn mangels Würdigung des aktuellsten, eine erneute Gesetzesänderung berücksichtigenden Berichtsmaterials zur **Lage von Asylwerbern in Ungarn**

B. Verwaltungsgerichtshof

Keine relevanten Erkenntnisse und Beschlüsse im Berichtszeitraum.

C. Verwaltungsgerichte

LVwG Oö 13.06.2014, [LVwG-400041](#)

VVG; in § 2 Abs 2 VVG ist zwar ua vorgesehen, dass **Geldleistungen** nur insoweit **zwangsweise hereingebracht** werden dürfen, als dadurch der notwendige Unterhalt des Verpflichteten nicht gefährdet wird, ob diese Voraussetzung zutrifft, hat aber der Bf anhand konkreter Nachweise entsprechend zu belegen; bloße Behauptungen reichen nicht aus

LVwG Oö 16.06.2014, [LVwG-780016](#)

SicherheitspolizeiG; **RichtlinienVO**; der **Begriff der Amtshandlung** und des von einer solchen betroffenen Personenkreises **nach dem SicherheitspolizeiG** ist jedenfalls in dem Sinne weit zu verstehen, dass hierunter im Wege eines Sammelbegriffs sämtliche Ausübung von obrigkeitlichen und schlicht-hoheitlichen – bzw negativ formuliert: vom einschreitenden Beamten nicht in privatrechtlicher Form oder als Privatperson gesetzten – Befugnissen im Rahmen der Sicherheitsverwaltung zu verstehen ist; dies ergibt sich aus einer Gesamtrechtsanalogie zahlreicher einschlägiger Bestimmungen des SicherheitspolizeiG

LVwG Oö 20.06.2014, [LVwG-000037](#)

Lebensmittelsicherheits- und VerbraucherschutzG; davon ausgehend, dass die normative Anordnung des Anhangs I Kapitel 2 Pkt 2.2.8. der VO 2073/2005 als „Maßnahmen für den Fall unbefriedigender Ergebnisse“ selbst lediglich nicht näher determinierte „Verbesserungen in der Herstellungshygiene“ fordert, kommt dem Umstand essentielle Bedeutung zu, dass diese VO einerseits nicht in der Anlage zum Lebensmittelsicherheits- und VerbraucherschutzG aufgelistet ist und andererseits auch keine VO existiert, mit der nähere Vorschriften zur Durchführung der VO 2073/2005 erlassen wurden; im Ergebnis resultiert nämlich daraus, dass **ein bloßer Verstoß gegen spezifische, mit der VO 2073/2005 normierte Gebote** – wie etwa die im vorliegenden Fall maßgeblichen Bakteriengrenzwerte – **nicht nach dem Lebensmittelsicherheits- und VerbraucherschutzG strafsanktioniert** ist

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG Ktn 25.02.2014, [KLVwG-124/2/2014](#)

Ktn BauO; verabsäumen der Behörde den entscheidungsrelevanten Sachverhalt insoweit festzustellen, ob die Voraussetzungen des § 36 Abs 3 Ktn BauO für die Erlassung eines baupolizeilichen Auftrags vorliegen; **Fehlen von Ermittlungsergebnissen** in Bezug auf den festgestellten Widerspruch des ggst Holzzauns mit dem Bebauungsplan

LVwG Ktn 04.04.2014, [KLVwG-128/4/2014](#)

AVG; bei **Kommissionsgebühren nach § 77 AVG** handelt es sich um eine **besondere Art von Barauslagen**; darunter sind solche Barauslagen (Kosten) zu verstehen, die der Behörde durch Amtshandlungen außerhalb des Amtes erwachsen, wie etwa Reisekosten für Beamte

LVwG Wien 08.05.2014, [VGW-102/013/9390/2014](#)

SicherheitspolizeiG; bei der **Wegweisung oder der Verhängung eines Betretungsverbots** handelt es sich um eine Sicherheitsmaßnahme, welche rasch erfolgen muss und der **naturgemäß kein förmliches Verfahren** vorangehen kann, weil dies dem Zweck zuwiderliefe; dennoch ist es erforderlich, den mutmaßlichen Gefährder wenigstens mit den grundlegenden Vorwürfen zu konfrontieren und ihm Gelegenheit zu geben, sich dazu zu äußern und diese Vorwürfe unter Umständen auch sofort oder ohne große Verzögerung zu widerlegen

LVwG Wien 14.05.2014, [VGW-111/072/20354/2014 ua](#)

BauO für Wien; mit dem angefochtenen Bescheid wurde ein Bauvorhaben bewilligt, für das die **Zustimmung aller Miteigentümer** gem § 63 Abs 1 lit c BauO für Wien weder zum Zeitpunkt der Bescheiderlassung vorlag, noch derzeit vorliegt

LVwG Wien 29.05.2014, [VGW-221/008/20726/201](#)

GewO; **FinanzstrafG**; eine gerichtliche Verurteilung wegen eines Finanzvergehens zu einer viermonatigen Ersatzfreiheitsstrafe, welche bis dato nicht getilgt ist, erfüllt den **Tatbestand des § 13 Abs 1 Z 1 lit b iVm Z 2 GewO**; es kommt nicht darauf an, dass die **Begehung einer gleichen oder ähnlichen Straftat** „kaum“ zu befürchten oder „unwahrscheinlich“ ist, sondern dass die in der (durch die fragliche Straftat manifestierten) Persönlichkeit begründete Befürchtung der Begehung der gleichen oder ähnlichen Straftat bei der Ausübung des Gewerbes eben (gar) nicht besteht

LVwG Wien 02.06.2014, [VGW-021/036/23087/2014](#)

GewO; **VStG**; **Unkenntnis eines Gesetzes** kann nur dann als unverschuldet angesehen werden, wenn jemandem die Verwaltungsvorschrift trotz **Anwendung** der nach seinen Verhältnissen **erforderlichen Sorgfalt** unbekannt geblieben ist; wer ein Gewerbe betreibt, ist verpflichtet, sich vor der Ausübung über die das Gewerbe betreffenden Vorschriften zu unterrichten

LVwG Wien 10.06.2014, [VGW-111/072/11859/2014](#)

BauO für Wien; wie der VwGH in seinem Erkenntnis vom 15.05.2014, 2013/05/0046 in der ggst Sache ausgesprochen hat, ist eine Zurückweisung des Antrags auf Baubewilligung wegen Verstoßes gegen den geltenden Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ohne vorherige **Auseinandersetzung mit den Voraussetzungen des § 69 BauO für Wien** rechtswidrig

LVwG Wien 18.06.2014, [VGW-001/023/8580/2014](#)

Wr VeranstaltungsG; **VStG**; die **Interpretation von Strafnormen** hat sich im (Verwaltungs)strafrecht am äußersten Wortsinn zu orientieren; Straftatbestände unterliegen einem besonderen **Determinierungsgebot**; aus Art 18 Abs 1 B-VG sowie Art 7 EMRK folgt, dass das strafbare Verhalten in präziser Weise umschrieben sein muss, wobei Strafnormen so zu gestalten sind, dass jeder einzelne in der Lage sein muss zu erkennen, wie er sich verhalten muss, um eine Bestrafung zu vermeiden; es muss insbesondere klar erkennbar sein, dass ein bestimmtes Verhalten bei Strafe verboten ist

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[24.06.2014, Rs C-658/11, Parlament / Rat](#)

Nichtigkeitsklage – Beschluss 2011/640/GASP – Rechtsgrundlage – **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)** – Art 37 EUV – **Internationale Übereinkunft, die ausschließlich die GASP betrifft** – Art 218 Abs 6 Unterabs 2 AEUV – **Verpflichtung, das Parlament unverzüglich und umfassend zu unterrichten** – Art 218 Abs 10 AEUV – Aufrechterhaltung der Wirkungen

[25.06.2014, Rs C-37/13 P, Nexans und Nexans France / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Wettbewerb** – Verordnung (EG) Nr 1/2003 – **Verwaltungsverfahren – Nachprüfung** – Entscheidung, mit der eine Nachprüfung angeordnet wird – **Begründungspflicht** – **Hinreichend ernsthafte Indizien** – Räumlicher Markt

B. Schlussanträge

Keine relevanten Schlussanträge im Berichtszeitraum.

C. Gericht

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

26.06.2014, Beschwerde Nr. [65192/11](#) ua, *Menesson und Labassee / Frankreich*

(Keine) Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Bf sind zwei französische Ehepaare, deren Kinder im Wege der **Leihmutterchaft in den USA** zu Welt gekommen waren; **Legalisierung** der Eltern-Kind-Beziehung durch amerikanische Gerichte, nicht jedoch in Frankreich; **Weigerung der französischen Behörden verletzt** zwar nicht die Eltern, allerdings die **Kinder** in ihrem Recht auf Achtung des Privatlebens

24.06.2014, Beschwerde Nr. [4605/05](#), *Petrova / Litauen*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); dem Sohn der Bf waren nach seinem **Unfalltod ohne** das **Wissen** der Bf gesetzeskonform **Organe entnommen** worden; gesetzliche Bestimmungen nicht hinreichend klar, da Angehörigen diesbezüglich zwar **Informationsrechte** zustehen, deren **Durchführung** jedoch **nicht eindeutig** hervorgeht

24.06.2014, Beschwerde Nr. [48357/07](#) ua, *Azienda Agricola Silverfunghi S.A.S. ua / Italien*

(Keine) Verletzung von **Art 6 Abs 1 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren) und **Art 1 1. ZP EMRK** (Eigentumsfreiheit); bf **Agrarunternehmen** wurden 1988 durch ein Gesetz in zweifacher Hinsicht bei der Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen für Arbeitnehmer entlastet; Entscheidung der unterinstanzlichen Gerichte, dass diese **Steuervergünstigungen kumulativ** zu gewähren seien und Verpflichtung zu Entschädigungszahlungen; während **anhängigem Verfahren** erlassenes **Gesetz**, das Vergünstigungen **rückwirkend bloß alternativ** gewährt, konventionswidrig; allerdings dadurch keine übermäßige finanzielle Belastung der bf Unternehmen

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Julia Eder, Univ.-Ass. Mag. Lea Leingartner, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Wiss.-Mit. Sebastian Mauernböck, Wiss.-Mit. Mag. Mathäus Schmied

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.